

Zwischen Optimismus und Misstrauen: Frankreichs Jugend zweifelt an Reformerfolgen

Hamann, Julie; Jakob, Sara

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hamann, J., & Jakob, S. (2018). *Zwischen Optimismus und Misstrauen: Frankreichs Jugend zweifelt an Reformerfolgen*. (DGAP-Analyse, 3). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-58207-3>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Zwischen Optimismus und Misstrauen: **Frankreichs Jugend zweifelt an Reformerfolgen**

Julie Hamann und Sara Jakob

Ein Teil der Jugendlichen in Frankreich kennt besorgniserregende Lebensrealitäten. Die Jugendarbeitslosigkeit ist seit Jahrzehnten hoch; viele jüngere Leute arbeiten in prekären Arbeitsverhältnissen. Junge Menschen wenden sich vielfach der Politik überhaupt nicht zu oder entscheiden sich bei Wahlen für radikale Parteien. Mit Reformen für Bildungschancen und für eine verbesserte Integration in den Arbeitsmarkt geht die Regierung nun grundsätzlich einen richtigen Weg, um Jüngeren Perspektiven zu bieten. Schließlich kann Emmanuel Macrons Reformpolitik nur dann langfristig erfolgreich sein, wenn sie Wirtschaftswachstum und Schuldenabbau mit umfassenden Maßnahmen zur Bekämpfung sozialer Benachteiligung und für Chancengleichheit verbindet. Jedoch werden die erhofften positiven Auswirkungen im Alltag nicht schnell zu spüren sein und gerade unter jungen Menschen bleibt die Unsicherheit hoch, ob die Reformen ihre Situation tatsächlich verbessern werden. Trotz wichtiger Ansätze gehen vielen die bisherigen sozialpolitischen Maßnahmen nicht weit genug. Die bislang ausbleibende große Protestbewegung ist demnach eher auf den hohen Takt unterschiedlichster Maßnahmen als auf eine breite Unterstützung durch die Französinen und Franzosen zurückzuführen. Macron geht hier eine Wette ein, die noch nicht gewonnen ist.

Inhalt

Zwischen Optimismus und Misstrauen: **Frankreichs Jugend zweifelt an Reformerfolgen**

von Julie Hamann und Sara Jakob

3 Einleitung

3 Viel Prekarität unter jungen Leuten

4 Aktuelle Reformen: Kein Aufbruch speziell für junge Menschen

Projektarbeitsverträge bieten keine Sicherheit

Soziale Absicherung über berufliche Weiterbildung

Kaum Anreize für Gründer

Betriebliche Bildung ist kein Allheilmittel

6 Reformieren fast ohne Protest

Spaltungen unter Reformgegnern

Blockierte Universitäten, aber keine neue Studentenbewegung

Opposition im Parlament oder auf der Straße

7 Demokratie kann Schaden nehmen

Aus Enttäuschung wird Misstrauen

Alternative Partizipationsformen im Aufwind

9 Ausblick

10 Anmerkungen

Zwischen Optimismus und Misstrauen: Frankreichs Jugend zweifelt an Reformerfolgen

Julie Hamann und Sara Jakob

Einleitung

Die von Frankreichs Präsident Emmanuel Macron ange-
stoßenen Reformen auf dem Arbeitsmarkt und im Bil-
dungsbereich sind nichts Geringeres als ein Kulturwandel.
Mehr Investitionen sollen die Chancen von Kindern und
Jugendlichen verbessern und Versäumnisse der vergan-
genen Jahrzehnte nachholen. Allerdings werden die
Auswirkungen der Reformen kaum schnell spürbar sein.

So wird die Klassenstärke in Grundschulen in sozi-
alen Brennpunkten reduziert, damit das Lernen indi-
vidueller gestaltet werden kann. Darüber spricht auch
der Bildungsforscher Olivier Giraud im zugehörigen
DGAPinterview.¹ Schulabgänger haben erstmals ein neu-
es, leistungs- und nicht mehr losgebundenes Auswahlver-
fahren zum Universitätsstudium durchlaufen. Die hohe
Abbrecherquote der ersten Semester soll damit sinken.
Die betriebliche Ausbildung soll für junge Menschen at-
traktiver werden, damit sie langfristig schneller in Arbeit
kommen. Aber auch Betriebe werden motiviert, mehr
Auszubildende einzustellen. Denn die Jugendarbeitslosig-
keit ist in Frankreich seit Jahrzehnten hoch und liegt auch
über dem EU-Durchschnitt.

Vor allem aber hat das Vertrauen junger Menschen in
die Fähigkeit und die Bereitschaft der Politik, ihre Situati-
on positiv zu verändern, in den vergangenen Jahren stark
gelitten. Viele Reformvorhaben wurden auch dieses Mal
von Protesten begleitet, die zwar nicht Massen im ganzen
Land mobilisierten, aber dennoch ein deutliches Zeichen
von Unzufriedenheit sind.

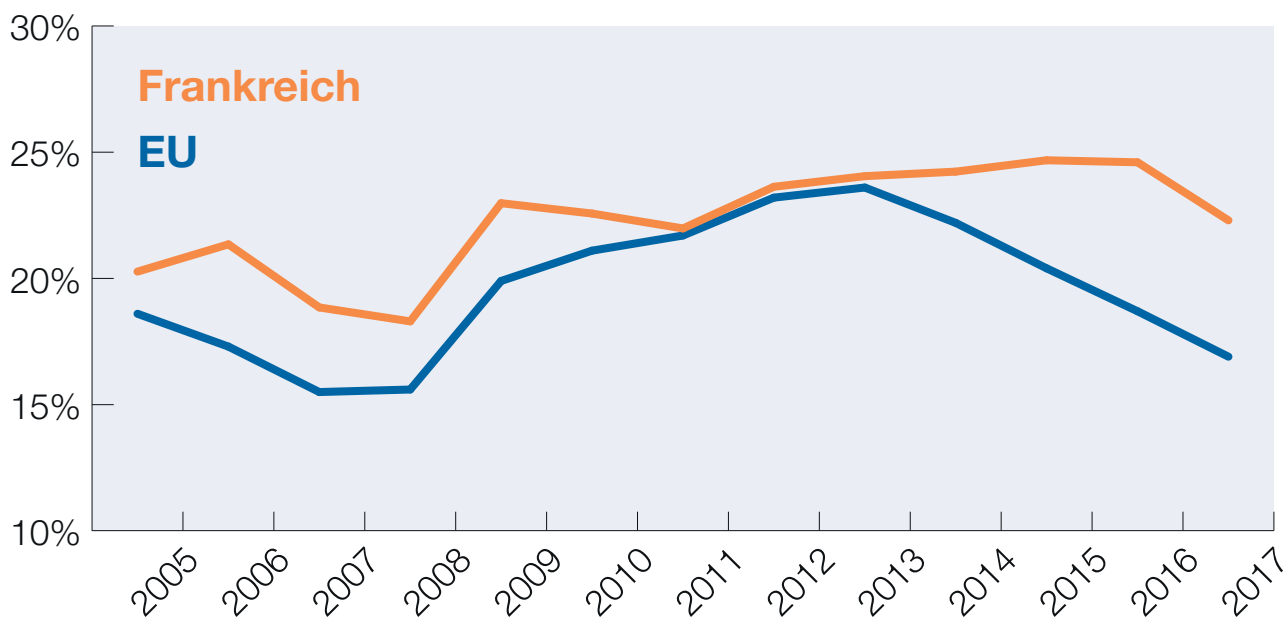
Diese Analyse untersucht zum einen, welche Reform-
maßnahmen besonders jungen Menschen helfen könnten,
ihre Situation zu verbessern. Zum anderen geht es darum,
aufzuzeigen, wo die Risiken der derzeitigen Politik liegen:
Für eine erfolgreiche Umsetzung ist in bestimmten Be-
reichen wie zum Beispiel der Ausbildung, ist eine umfas-
sende Neuorientierung nötig. Ob diese so rasch gelingt,
ist fraglich. Nach einer Vielzahl unter Präsident Macron
begonnener Reformen dominiert außerdem der Eindruck,
die Maßnahmen kämen insbesondere den Wohlhabende-

ren zugute, während wie im Wahlkampf versprochen, die
ärmeren Bevölkerungsschichten noch nicht ausreichend
berücksichtigt werden – eine Einschätzung, die selbst
die maßgeblichen Berater von Macrons wirtschaftspol-
itischem Programm teilen.² Dies birgt die Gefahr einer
weiteren politischen Radikalisierung, besonders unter jun-
gen Menschen. Die gesellschaftlichen Risse, die Macron in
seiner Amtszeit kitten will, drohen, sich zu vertiefen.

Viel Prekarität unter jungen Leuten

„Die Jugend“ in Frankreich ist selbstverständlich kei-
ne homogene Gruppe. Junge Menschen erleben sehr
verschiedene Lebensrealitäten, die sich je nach Alter,
Bildungsgrad und Herkunft stark unterscheiden. Die
Jugendarbeitslosigkeit in Frankreich ist seit Jahrzehn-
ten³ hoch. Im Januar 2018 lag sie bei 21,7 Prozent (23,2
Prozent im gleichen Zeitraum des Vorjahres).⁴ Besonders
problematisch ist die lange Dauer der Arbeitslosigkeit
bei jungen Geringqualifizierten: So war 2015 die Arbeits-
losenquote in dieser Gruppe rund dreimal so hoch wie
bei den höher Qualifizierten. Brauchten Letztere etwas
mehr als drei Monate bis zum Abschluss eines ersten Ar-
beitsvertrags, dauerte es bei Geringqualifizierten rund
ein Jahr, bis sie eine erste Stelle antreten konnten.⁵ Auch
der Anteil derer, die weder in Ausbildung noch in Arbeit
sind, ist in Frankreich hoch.⁶ Viele Jüngere, besonders
in den Vorstädten, finden keine Arbeit oder haben nur
prekäre Arbeitsverträge mit kurzer Beschäftigungsdau-
er und kaum berufliche Perspektiven. Faktoren wie die
soziale Herkunft, Migrationshintergrund oder die Lage
des Wohnorts verstärken diesen Effekt. Damit ist die
Prekarität kein vorübergehendes, sondern ein struk-
turelles Problem. Gerade für junge Menschen hat die
schwierige Integration in den Arbeitsmarkt bedeutende
ökonomische Konsequenzen, betrifft aber darüber hin-
aus auch direkt ihre Rolle in der Gesellschaft – im Sinne
von Teilhabe, aber auch begrenzten Möglichkeiten in der
langfristigen individuellen Lebensgestaltung. Nicht zu-

Abb. 1: Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit (18 - 24 Jahre) 2005 - 2018



Quelle: OECD

letzten nimmt die Demokratie dauerhaften Schaden, wenn eine ganze Generation kein Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit der Politik entwickeln kann.

Aktuelle Reformen: Kein Aufbruch speziell für junge Menschen

Die Vielzahl der Reformen, an deren Umsetzung Frankreichs Regierung gerade arbeitet, verfolgt zwei Ziele: Zum einen soll die zuletzt lange stagnierende Wirtschaft wieder wachsen und international wettbewerbsfähiger werden.⁷ Angestrebt ist eine Senkung der Arbeitslosenzahlen. Zum anderen sollen die hohen Staatsausgaben reduziert werden. Beide Stoßrichtungen sind nötig – auch, um die EU-Defizitgrenzen einzuhalten. Letzteres gelingt derzeit vor allem durch positive Wachstumswerte, denn der Haushalt 2018 sieht zunächst einmal um 0,5 Prozent höhere Ausgaben vor. Die Investitionen kommen auch dem Bildungsressort und somit jungen Menschen zugute. Direkte Entlastungen, die zur Erhöhung der Kaufkraft beitragen sollen, werden derzeit jedoch vor allem bei den hohen Einkommen sofort wirksam (so wird die Vermögenssteuer nun nur auf Immobilienwerte angewandt). Maßnahmen, die alle Einkommensklassen entlasten (wie die Aufhebung der Wohnsteuer) werden erst in den nächsten Jahren greifen.⁸

Projektarbeitsverträge bieten keine Sicherheit

Die Reformen, die den Arbeitsmarkt und die sozialen Sicherungssysteme betreffen, folgen dem skandinavischen Modell mit dem Konzept der „Flexicurity“⁹.

Ziel dieses Ansatzes ist es, mit Flexibilität für den Arbeitsmarkt etwa durch einen lockeren Kündigungsschutz Wachstumsanreize für die Wirtschaft zu schaffen. Gleichzeitig sollen Arbeitnehmer/innen im Falle von Arbeitslosigkeit mithilfe von Bildungsangeboten, begrenzter Bezugsdauer von Arbeitslosengeld und strukturierter Vermittlung schnell wieder in Arbeit kommen.¹⁰

Reform des Arbeitsrechts und Prekarität

Kerninhalte:

- lockert den Kündigungsschutz auf verschiedene Weise,
- erleichtert Betriebsvereinbarungen auch ohne die Beteiligung von Gewerkschaften und
- legt fest, dass befristete Arbeitsverträge durch Branchenvereinbarungen flexibler gestaltet werden können;
- Arbeitsverträge können etwa projektbezogen für eine unbestimmte Dauer³⁷ abgeschlossen werden.
- Die Idee dahinter ist, mit einem Angebot befristeter Arbeitsverhältnisse den Arbeitsmarkt für Berufsanfänger und jüngere Arbeitnehmer/innen zu öffnen.

Laut einem Arbeitsmarktbericht des Nationalen Statistikinstitutes Insee arbeiteten im Jahr 2017 31,1 Prozent junger Arbeitnehmer/innen bis 25 Jahre in einem befris-

teten Arbeitsverhältnis. In der gleichen Altersgruppe waren 16,3 Prozent in Ausbildung (betriebliche Ausbildung und schulische Berufsausbildung sind nicht getrennt) und 7,8 Prozent arbeiteten in Zeitverträgen.¹¹ Zwar erhielten Arbeitnehmer/innen im Allgemeinen bei Aufnahme eines Arbeitsverhältnisses im Jahr 2017 häufiger unbefristete Verträge als in den Jahren zuvor¹², immer noch sind sieben von zehn Arbeitsverhältnissen bei derzeitigen Neueinstellung jedoch befristet¹³ – was gerade Jüngere und Geringqualifizierte betrifft.

Mit den neuen Maßnahmen für Verträge, die mit Projektabschluss enden, bietet die Reform keinen Ausweg aus der prekären sozioökonomischen Situation, in der viele junge Arbeitnehmer/innen leben müssen. Zum Beispiel finden junge Menschen mit befristeten Arbeitsverträgen nur schwer eine Wohnung¹⁴ und haben Schwierigkeiten, ihre Zukunft abzusichern. Arbeitgeber motiviert die Reform kaum dazu, mit mehr Risikofreude jüngere Arbeitnehmer unbefristet einzustellen und so unter anderem ihr Unternehmen weiterzuentwickeln.¹⁵ Interessant ist, dass die Möglichkeiten, befristete Arbeitsverhältnisse anzubieten, zum Teil durch Maßnahmen der Reform der Arbeitslosenversicherung beschränkt werden: Nach Inkrafttreten der Reform voraussichtlich zu Jahresbeginn 2019 sollen Unternehmen mit einem Bonus-Malus-System bewertet werden, wenn sie zu häufig auf Leiharbeit und befristete Verträge zurückgreifen.¹⁶

Soziale Absicherung über berufliche Weiterbildung

Reformen, die dem Aspekt der sozialen Absicherung Rechnung tragen, sind bisher noch keine verabschiedet worden, aber in Planung und in Umsetzung begriffen.

Reform der beruflichen Weiterbildung

Kerninhalte:

- Künftig soll für die berufliche Weiterbildung das compte personnel de formation (Persönliches Bildungskonto) für Arbeitnehmer/innen, Studierende und Arbeitslose mit einem festen Geldbetrag aufgestockt und nicht mehr als Zeitkontingent für Weiterbildungsmaßnahmen geführt werden.
- Die Auswahl, Durchführung, Bezahlung und Evaluation von Weiterbildungen soll vereinfacht werden.
- Menschen, die einen niedrigen Bildungsabschluss haben, sollen mehr Geld erhalten.³⁸

Dazu zählen eine Reform der beruflichen Weiterbildung und eine Reform der Arbeitslosenversicherung. Sie werden voraussichtlich im Januar 2019 in Kraft treten.¹⁷

Diese Maßnahmen, wie auch die Reform der betrieblichen Ausbildung, zählen zum Grand plan d'investissement 2018-2022 der Regierung. Dieser sieht 57 Milliarden Euro Investitionen im Mandatszeitraum vor. Sie werden den Bereichen Bildung, Arbeitsmarkt, Energiewende und Digitalisierung zugutekommen.¹⁸ Angesichts der angespannten Haushaltslage sollen u.a. bereits existierende Programme und Kredite umgeschichtet werden, um die notwendigen Summen zu erreichen und keine neuen Schulden aufzunehmen.¹⁹

Diese Reform könnte vor allem jungen Menschen aus sozialen Brennpunkten und jungen, geringer qualifizierten Arbeitslosen helfen, sich auf dem Arbeitsmarkt mithilfe von Weiterbildungsmaßnahmen eine bessere Position zu verschaffen.

Kaum Anreize für Gründer

Eventuell könnte die Ausweitung der Arbeitslosenversicherung für Selbständige in manchen Fällen günstige Auswirkungen für junge Unternehmensgründer/innen haben.

Reform der Arbeitslosenversicherung

Bei der Reform der Arbeitslosenversicherung sollen mehr Menschen Leistungen in Anspruch nehmen können – etwa unter bestimmten Voraussetzungen bei eigener Kündigung oder auch nach einer Insolvenz des eigenen Unternehmens bei Selbstständigkeit. Einen Zugang ohne spezifische Voraussetzungen zu Leistungen der Arbeitslosenversicherung hat die Regierung entgegen der Wahlkampfversprechen Macrons aus Kostengründen nicht umgesetzt.

In einer vergleichenden Umfrage von Februar 2018 zwischen mehreren Ländern unter jeweils 1.000 repräsentativ ausgewählten Personen geben 48 Prozent der jungen Französischen und Franzosen an, ein eigenes Unternehmen gründen zu wollen.²⁰ Die Reform der Arbeitslosenversicherung wird aber kaum ein zentraler Anreiz für diese Form der Beteiligung am Arbeitsleben sein.

Betriebliche Ausbildung ist kein Allheilmittel

Die Reform der betrieblichen Ausbildung soll langfristig mehr junge Menschen in Arbeit bringen. Allerdings entscheiden sich derzeit nur wenige von ihnen für diesen Ausbildungsweg: Nach dem Collège (Mittelschule) wählen rund 30 Prozent eine betriebliche Ausbildung mit Ausbildungsvertrag bei einem Unternehmen und theoretischer Ausbildung in einem Centre de formation d'apprentis (CFA).

Reform der betrieblichen Ausbildung

Viele verschiedene Maßnahmen sind vorgesehen, um diesen Ausbildungsweg attraktiver zu machen.³⁹

- Das Höchstalter für die Aufnahme einer Berufsausbildung soll auf 30 Jahre angehoben werden.
- Die Vergütung für Auszubildende soll pauschal um 30 Euro pro Monat erhöht werden.
- Der Erwerb des Führerscheins kann künftig bezuschusst werden.
- Ausbildungsverträge sollen das ganze Jahr über abgeschlossen werden können.
- Ausbildungszentren (CFA) sollen künftig ohne administrative Hürden dort eröffnet werden können, wo Arbeitgeber Bedarf an Fachkräften anmelden.⁴⁰ Die Regionen, die derzeit noch derartige administrative Aufgaben rund um das Ausbildungsangebot wahrnehmen, werden diese Zuständigkeit und Geldmittel verlieren. Sie werden jedoch beim Aufbau von Ausbildungszentren in ländlichen Gegenden oder in sozialen Brennpunkten gefördert.
- Branchenvereinbarungen legen künftig die Pro-Kopf-Kosten pro Auszubildendem in einem Betrieb fest.
- Die CFA erhalten staatliche Mittel abhängig von der Zahl der dort lernenden Auszubildenden.
- Betrieben wird es einfacher gemacht, Ausbildungsverträge zu kündigen oder die Arbeitszeit für Azubis anzupassen.
- Betriebe mit weniger als 250 Beschäftigten können für jeden neuen Auszubildenden Zuschüsse erhalten. Damit sollen mehr Unternehmer/innen gewonnen werden, die junge Leute ausbilden.⁴¹

Rund 70 Prozent wählen eine schulische berufliche Ausbildung am Lycée professionnel, die zum Bac pro (berufsqualifizierendes Abitur, das zum Studium berechtigt) führt.²¹ Obwohl die betriebliche Ausbildung junge Leute mit deutlich größerem Erfolg in den Arbeitsmarkt integriert²², hat sie in Frankreich ein schlechtes Image²³, vor allem im Vergleich mit der schulischen Berufsausbildung und der Hochschulbildung. So zeigt ein Bericht von France Stratégie von November 2017, dass 56 Prozent der Französischen und Franzosen der betrieblichen Ausbildung gegenüber negativ eingestellt sind.

Die angekündigten Maßnahmen bedeuten daher nichts weniger als einen Kulturwandel. Zum einen hat es in Frankreich bis dato die stärker administrative Rolle der Betriebe und Unternehmen beim Angebot von betrieblichen Ausbildungen nicht gegeben. Bisher bilden kaum

Unternehmen selber aus, und wenn sie es tun, haben sie wenig Einfluss auf das Lehrangebot und können so auch kaum etwas für die notwendige Fachkräftequalifizierung tun. Zum anderen stehen die betriebliche Ausbildung und der berufsbildende schulische Zweig in Konkurrenz zueinander. Die aktuelle Reform löst diese Probleme noch nicht, weitere Reformen werden nötig sein. Ihr Erfolg wird auch davon abhängen, wie glaubwürdig der Imagewechsel der betrieblichen Ausbildung gelingt und wie ein Zusammenspiel von betrieblicher und schulischer Berufsausbildung künftig ausgestaltet wird.²⁴

Reformieren fast ohne Protest

Die beschriebenen Reformvorhaben reihen sich ein in eine Folge nicht minder ambitionierter Vorhaben, die das Land laut Macron „transformieren“²⁵ sollen. Dazu zählen unter anderem die bereits erwähnten Reformen des Arbeitsrechts sowie der Arbeitslosenversicherung, die gerade verabschiedete SNCF-Reform zur Liberalisierung des Bahnverkehrs und die kommende Rentenreform zur Angleichung der unterschiedlichen Rentensysteme. Ähnliche Reformvorhaben scheiterten in der Vergangenheit auch am großen Widerstand in der Bevölkerung.

Die so unterschiedlichen Situationen junger Französischen und Franzosen spiegeln sich in ihren Reaktionen auf die aktuellen Reformen wider. Präsident Macron versucht seit der Gründung seiner Bewegung En Marche (heute La République en Marche, LREM), ein junges und dynamisches Frankreich zu verkörpern. Bei weitem nicht alle jungen Menschen finden sich aber in seiner Vision wieder: Anhänger von En Marche/LREM sind überwiegend gut ausgebildete Großstädter, die oft bereits einen sozialen Aufstieg erfahren haben. Der weit größere Teil gibt sich bei Umfragen zur Zufriedenheit mit Macron und der Regierung abwartend. Unsicher, ob die derzeitigen Reformen tatsächlich die richtigen Maßnahmen darstellen, machen sie ihre Zustimmung von deren Erfolg abhängig. Hinzu kommt, dass auch eine politische Radikalisierung einerseits und eine Abwendung von der Politik andererseits bei jungen Menschen besonders stark ausgeprägt sind. Die beispielsweise bei den Wahlen 2017 deutlich hervorgetretenen Spaltungen der Gesellschaft bestehen weiterhin; ihre Überbrückung ist nicht absehbar.

Spaltungen unter Reformgegnern

Bislang jedoch scheint Macrons Strategie zur Vermeidung einer großen Protestbewegung aufzugehen: Indem so viele verschiedene Reformen gleichzeitig umgesetzt werden, gelingt es den Gewerkschaften als Anführer der

Proteste nicht, zu einer übergreifenden Bewegung zu mobilisieren. Zudem zeigen Umfragen über das erste Jahr der Präsidentschaft Macrons, dass dieser zwar weniger Zustimmung erhielt als zu Beginn seines Mandats, die Reformvorhaben der Regierung wurden allerdings mehrheitlich begrüßt.²⁶

Eine „convergence des luttes“, ein Zusammenschluss der verschiedenen Forderungen von Gewerkschaften, Studentenbewegungen und anderen Gruppierungen, scheint derzeit in weite Ferne gerückt. Dies liegt auch an einigen generellen Entwicklungslinien in den letzten Jahren: Die Gewerkschaften sind untereinander gespalten und schaffen es nicht, in Bezug auf die Reformvorhaben mit einer Stimme zu sprechen. Sie vertreten zum Beispiel unterschiedliche Ansichten in Bezug auf Zugeständnisse in Vorab-Konsultationen mit Vertretern der Regierung und Arbeitgeberverbänden. Immer weniger werden Gewerkschaften zudem als Sprachrohr gerade junger Menschen wahrgenommen. Wie in anderen Ländern auch, engagieren sich immer weniger junge Französinen und Franzosen in Gewerkschaften und sind stattdessen offener für neue, flexiblere Formen sozialer Bewegungen, wie sie beispielsweise mit *Nuit debout* 2016 entstanden ist.²⁷ Zwar war der Protest gegen das Gesetz „Loi El Khomri“ (dem ersten Teil einer unter Macron fortgesetzten Liberalisierung des Arbeitsrechts und des sozialen Dialogs) der Auslöser für die kapitalismuskritische Bewegung, doch standen bald andere, allgemeinere politische und wirtschaftliche Entwicklungen im Vordergrund. Statt durch klassische Demonstrationen äußerte sich der Protest in monatelangen täglichen Versammlungen mit eigenen sich herausbildenden Organisationsstrukturen.

Blockierte Universitäten, aber keine neue Studentenbewegung

Die rasch nach den Wahlen 2017 beschlossene Absenkung der Wohnbeihilfe APL (*Aide personnelle au logement*)²⁸ sorgte vor allem bei jungen Leuten und Studierenden für Unmut. Die Maßnahme verfestigte das Bild Macrons als „Präsident der Reichen“, das in linken oppositionellen Kreisen, aber auch im Diskurs von Rechtsaußen so wahrgenommen wird. Die politische Kommunikation dieser Kürzung nahmen Kritiker als überheblich und weit entfernt von der Lebensrealität junger Menschen wahr. An den Universitäten äußerte sich Protest in den vergangenen Monaten vor allem gegen das Gesetz zum Hochschulzugang (*Loi relative à l'orientation et la réussite des étudiants*). An 17 Universitäten blockierten Studierende Teile des Campus, da sie in dem Gesetz eine Verstärkung der Ungleichheit durch die Selektion der Universitäten

sehen. Anstelle des neuen Auswahlverfahrens fordern sie mehr Investitionen für die Schaffung neuer Studienplätze in beliebten Studiengängen. Die ersten Ergebnisse des neuen Verfahrens zeigen tatsächlich eine drohende Verstärkung von sozialer Ungleichheit: Gerade Schülerinnen und Schüler aus problematischen Vierteln sind durch die Vergabe stark benachteiligt.²⁹ Obwohl die Protestierenden gegen das neue Zugangsverfahren eine Andockung an die Proteste der Eisenbahner versucht haben und sich die links verortete Bewegung *La France insoumise* (LFI), die im Parlament vertreten ist, den Studierendenprotesten anschloss, erreichten sie keine breite Mobilisierung.

Opposition im Parlament oder auf der Straße

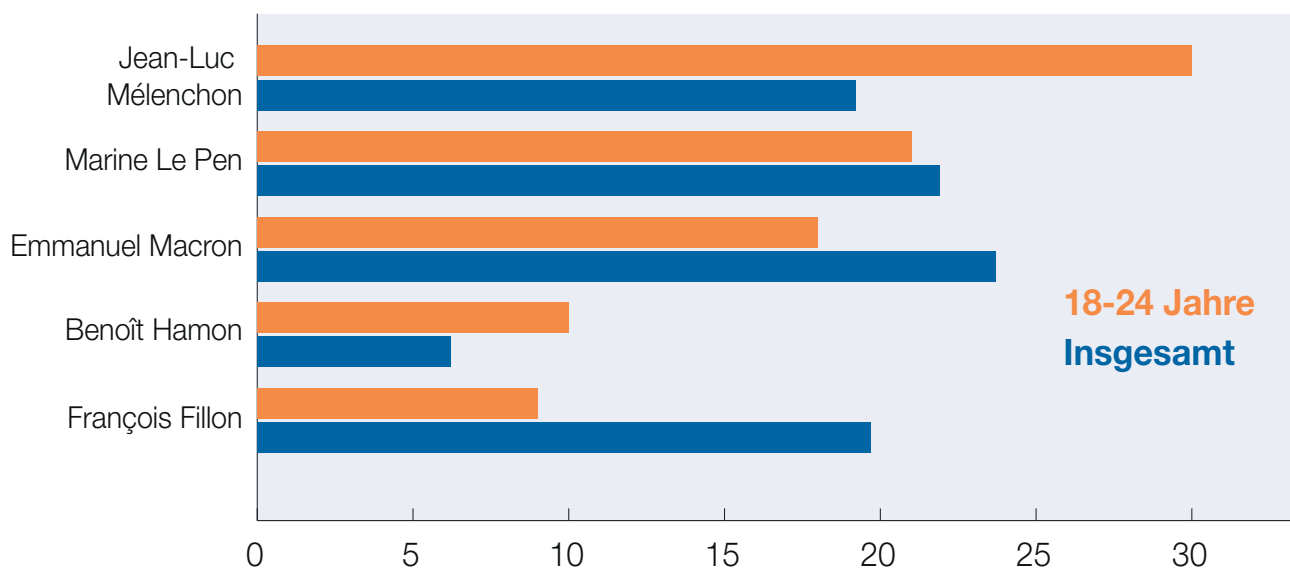
Mit der Bewegung *La France insoumise* versucht Jean-Luc Mélenchon nicht nur, eine junge Protestgeneration sowohl außer- als auch innerhalb des Parlaments anzuführen, sondern sich und LFI zur Stimme aller linken Parteien und Bewegungen gegen Macron und seine Regierung zu erheben – trotz der nur 17 Sitze von LFI im Parlament. Der von ihm initiierte Protesttag unter dem Motto „*La Marée populaire*“ am 25. Mai 2018 erreichte jedoch nur eine eher geringe Beteiligung von etwa 100.000 Personen in ganz Frankreich, obwohl Gewerkschaften, Verbände und Parteien gemeinsam zur Teilnahme aufgerufen hatten.³⁰ Die eher kleinteilige und sachorientierte Parlamentsarbeit der Abgeordneten, die Änderungsvorschläge bei den Reformvorhaben einbringen, und die auf eine allgemeine Ablehnung Macrons ausgerichteten Proteste (mit „*Macron, président des riches*“ als Leitmotiv) scheinen nicht, wie von Mélenchon erhofft, ineinanderzugreifen und sich gegenseitig zu befeuern.

Auch der *Parti socialiste* (PS) beklagt unter seinem neuen Vorsitzenden Olivier Faure die zu einseitig auf Liberalisierung ausgerichtete Reformpolitik der Regierung, bleibt aber auf Distanz zu LFI. Interne Spaltungen schwächen die Sozialisten ebenso wie die anderen Oppositionsparteien rechts der Mitte auch ein Jahr nach den Wahlen noch. Hinzu kommt die mit 350 Abgeordneten zahlenmäßige Präsenz der Abgeordneten von *LREM*, sodass das Parlament bisher kaum zur Bühne der Auseinandersetzung über die Reformen wurde. Der straffe, von der Regierung vorgegebene Zeitplan, rüttelt zusätzlich an den Kapazitäten der Parlamentarier.³¹

Demokratie kann Schaden nehmen

Die vergangenen Wochen und Monate haben gezeigt, dass aus der Gruppe der jungen Menschen heraus auch ein Resonanzraum für Protest und Engagement jenseits der

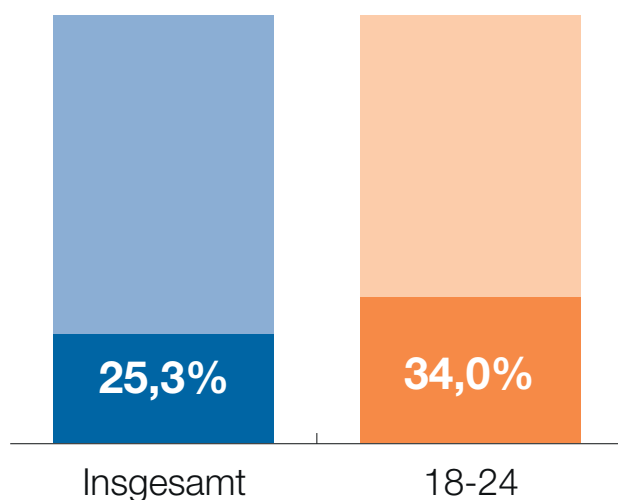
Abb. 2: Wahlverhalten der 18-24-Jährigen bei den Präsidentschaftswahlen 2017 im 1. Wahlgang



Quelle: Ipsos PRÉSIDENTIELLE 2017

etablierten politischen Strukturen entsteht. Die Jüngeren bilden – entgegen der von LREM und Macron dargestellten Jugendlichkeit – keine natürliche Allianz mit dem Präsidenten und der Regierung. Diejenigen unter ihnen, die an Wahlen teilnehmen, entscheiden sich oft für radikale politische Angebote (Front national, jetzt Rassemblement national; La France insoumise), wie die Wahlergebnisse bei der Präsidentschaftswahl und der Parlamentswahl 2017 gezeigt haben. Im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen erreichte Jean-Luc Mélenchon mit 30 Prozent das beste Ergebnis bei den 18- bis 24-Jährigen, gefolgt von

Abb. 3: Vergleich des Nichtwähleranteils bei den Präsidentschaftswahlen 2017 im 2. Wahlgang



Quelle: Ipsos PRÉSIDENTIELLE 2017

Marine Le Pen (21 Prozent). Andere junge Menschen finden gar keinen Zugang mehr zum politischen Angebot, die Wahlenthaltung unter ihnen ist hoch. Im zweiten Wahlgang war es genau diese Altersgruppe, in der der Anteil von „abstentionnistes“ mit 34 Prozent am höchsten war. Wahlenthaltung oder die bewusste Abgabe einer ungültigen Stimme (vote blanc) gewinnen gerade für junge Leute an Bedeutung als politische Handlung.

Das zuvor festgestellte Ausbleiben einer großen Jugendbewegung darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass gerade in dieser Altersgruppe eine Fragmentierung und Radikalisierung verschiedener Protestakteure besteht: Neben linken und antikapitalistischen Bewegungen gewinnen rechtsradikale Bewegungen unter jungen Menschen an Bedeutung, beispielsweise durch die Identitäre Bewegung (Génération identitaire) oder Action française³². In der Reformdebatte treten sie kaum in Erscheinung. Ihre Aktionen richten sich vor allem gegen Migration und Asylpolitik. Dennoch ist ihr verstärktes Auftreten ebenso wie die Radikalisierung junger Wähler/innen an den Urnen Zeichen eines grundlegenden Vertrauensverlusts gerade junger Menschen in die bisherige Politik. Alarmierend ist darüber hinaus ein stetig fortschreitender Vertrauensverlust in die Demokratie allgemein, der vor allem junge Leute betrifft: 46 Prozent der 18- bis 35-Jährigen glauben, dass andere politische Systeme genauso gut sind wie Demokratien (insgesamt: 36 Prozent); 2014 stimmten dem nur 29 Prozent zu (insgesamt: 24).³³

Aus Enttäuschung wird Misstrauen

Mögen die Gründe für diesen Vertrauensverlust auch vielfältig sein, so ist ein Beweggrund gerade bei jungen Menschen auch einer, der sich generell bei den Anhängern extremer Parteien findet: der Eindruck, nicht (mehr) durch die Politik repräsentiert zu sein. Jüngere waren durch die Wirtschaftskrise seit 2008 besonders stark betroffen, doch änderte sich ihre Lage über die jeweiligen Amtszeiten der Präsidenten Nicolas Sarkozy und François Hollande kaum zum Besseren. Insbesondere unter Hollande war die Frustration bei vielen hoch, trugen die Stimmen gerade junger Menschen doch auch zu seinem Wahlsieg bei.³⁴ Er selbst bezeichnete sich nach der Wahl als „Präsident der Jugend“ und ließ sich vor allem von jungen Menschen noch am Wahlabend auf der Place de la Bastille feiern. Bestimmte politische Entwicklungen der folgenden Jahre haben sie deshalb als umso enttäuschender wahrgenommen: Die anhaltende Jugendarbeitslosigkeit, die erste Reform des Arbeitsrechts und die gehäufte Erfahrung von Polizeigewalt u. a. bei Protesten gegen die Arbeitsrechtsreform.

Alternative Partizipationsformen im Aufwind

Der schon von Hollande versprochene und nicht eingetretene „Wandel“ kann für viele nun nur „außerhalb des Systems“ entstehen. Dieses wirkmächtige Motiv nutzen nicht nur Rechtsextreme und Linkspopulisten. Es verhalf auch Macron zum Erfolg seiner Bewegung und inspiriert eine neue Alternative zur Parteienpolitik als „Bewegung von unten“, auch wenn dieselben Politiker an der Spitze stehen (ein anderes Beispiel dafür ist der gescheiterte sozialistische Präsidentschaftskandidat Benoît Hamon mit seiner Bewegung Génération.s). Ungeachtet der oft grundlegend unterschiedlichen ideologischen Ausrichtungen machen sich diese verschiedenen Bewegungen dasselbe Element zunutze: Gerade bei jungen Menschen ist der Wille, politisch zu handeln, groß. Oft auf lokaler Ebene entstehen alternative politische Partizipationsformen, beispielsweise in Vereinen. Wenden sich jedoch gerade diese Menschen komplett von Möglichkeiten ab, sich auch in den politischen Entscheidungsprozess zu begeben, entgeht der Gesellschaft ein großes demokratisches Potenzial.

Ausblick

Die Reformen im Bildungsbereich, die Stärkung der betrieblichen Ausbildung, die Reformen des Arbeitsmarkts und der Arbeitslosenversicherung haben eine hohe gesellschaftliche Bedeutung. Sie könnten dazu beitragen, die Spaltung zu überwinden, Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe zu sichern und langfristig auch die

politische Teilhabe der Bürger/innen zu festigen. Derzeit bescheinigen Wegbereiter/innen³⁵ Macrons dem Präsidenten, seine Politik bisher zu wenig auf die Bekämpfung von Ungleichheit auszurichten. Gemessen am Anspruch des „En même temps“ scheinen die bisherigen politischen Maßnahmen eher einseitig in Richtung Marktliberalisierung zu wirken. Die Formulierung „en même temps“, die schon der Kandidat Macron sehr häufig benutzte, ist hier zu verstehen als ein „Zugleich“ von Wirtschaftsreformen für mehr Wachstum, um mehr Beschäftigung zu erzielen, und von sozialer Absicherung für Arbeitnehmer/innen, aber auch sozial benachteiligter Personen. Steuererleichterungen für Unternehmen, die umstrittene Kürzung der Wohnbeihilfen und etwa eine umgangssprachlich lockere Aussage Macrons über „verrückt viel Kohle“, die in Beihilfen und Sozialleistungen fließe, ohne dass Menschen aus der Armut ausstiegen³⁶, verfestigen jedoch bisher das Bild des „président des riches“. Das „En même temps“ wirkt nun eher wie ein „Alles gleichzeitig“, mit dem Ziel, Protest möglichst gering zu halten. Man muss gar nicht so weit gehen, die bislang noch eher verhaltene Mobilisierung einer solchen Strategie zur Unterdrückung von Protest zuzuordnen. Sie kann auch der eher abwartenden Haltung vieler Bürger/innen und auch vieler junger Menschen geschuldet sein.

In Bezug auf junge Leute bedeutet das zweierlei: Zum einen muss sich die Lebenssituation für Jüngere spürbar und nachhaltig verbessern, um nicht Ungleichheit, gesellschaftliche Spaltung und Abwendung von der Politik zu festigen. Die Regierung muss gerade jungen Menschen mit Investitionen in Bildung, Fortbildung, Ausbildung und Arbeit Perspektiven geben und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Für die laufenden Reformvorhaben im Bereich Weiterbildung, Arbeitslosenversicherung und Ausbildung bleibt abzuwarten, ob dieses Ziel erreicht werden kann.

Zum anderen müssen sich politische Strukturen öffnen, damit das vielfältige Engagement junger Leute besser integriert werden kann. Dabei ist es nötig, immer wieder junge Menschen anzusprechen und inklusiver zu sein. Jugendliche dürfen dabei nicht allein als Vehikel und Kommunikationstool erhalten, sondern sie müssen in ihrem Willen, auch selbst spürbare Veränderungen anzustoßen und mitzubestimmen, ernstgenommen werden.

Im ersten Jahr der Präsidentschaft gelang es Macron und seiner Regierung nicht, das Vertrauen einer Mehrzahl junger Leute zu gewinnen. Sozialpolitische Maßnahmen sind nun nötig, um die Reformen, die sie als weitere Präkarisierung ihrer Lebensverhältnisse empfinden, auszugleichen. So können die Basis für Teilhabe gesichert und

Zukunftschancen gegeben werden. Eigentlich wollte Macron noch im Juli 2018 seine Pläne für den Kampf gegen Armut vorstellen. Mit dem Ziel, höhere Aufmerksamkeit dafür zu erreichen, verschob er die Vorstellung nun auf die „rentrée“ im September, wenn in Frankreich das politische und gesellschaftliche Leben nach der Sommerpause wieder Fahrt aufnimmt. Damit soll den neuen Maßnahmen mehr Gewicht gegeben werden und mehr Anklang in der öffentlichen Meinung finden. Gleichzeitig setzt er sich so dem Vorwurf seiner Kritiker aus, soziale Maßnahmen weiterhin nach hinten zu verschieben. Ob die Stärkung

des Faktors soziale Sicherheit nach der bereits erfolgten Flexibilisierung also gelingt, ist noch offen – ebenso wie ein Imagewandel des Präsidenten.

Julie Hamann ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Programm Frankreich/deutsch-französische Beziehungen der DGAP.

Sara Jakob ist Programmmitarbeiterin im Programm Frankreich/deutsch-französische Beziehungen der DGAP.

Anmerkungen

- Vgl. DGAPinterview mit Olivier Giraud, Juli 2018, <<https://dgap.org/de/think-tank/publikationen/dgapinterview/kalt-distanziert-und-von-der-gesellschaft-abgeschottet>> (abgerufen am 26.07.2018).
- Vgl. Cédric Pietralunga, La note confidentielle de trois fidèles de Macron pour un rééquilibrage social, in: Le Monde, 09.06.2018, <https://www.lemonde.fr/politique/article/2018/06/09/la-note-confidentielle-de-trois-fideles-de-macron-pour-un-reequilibrage-social_5312124_823448.html> (abgerufen am 11.07.2018).
- Vgl. France Stratégie, L'insertion professionnelle des jeunes, 24.01.2017, <<http://www.strategie.gouv.fr/publications/linsertion-professionnelle-jeunes>> (abgerufen am 7.06.2018).
- Vgl. Eurostat, <<http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/8701423/3-01032018-AP-FR/29313f00-7077-4e90-a919-9ea750b7845f>> (abgerufen am 07.06.2018).
- Vgl. L'insertion professionnelle..., a.a.O. (Anm. 3).
- Laut OECD-Erhebungen für das Jahr 2016 lag der Anteil der NEET (Youth not in employment, education or training) unter männlichen Jugendlichen im Alter von 20–24 in Frankreich bei 22,3 Prozent; unter jungen Frauen derselben Altersgruppe lag er bei 21,6 Prozent, <<https://data.oecd.org/youthinac/youth-not-in-employment-education-or-training-neet.htm>> (abgerufen am 07.06.2018).
- Die jüngsten Zahlen deuten bereits einen Aufschwung an: Frankreichs Wirtschaft verzeichnete zuletzt ein Wachstum von 0,7 Prozent im vierten Quartal 2017 und von 0,2 Prozent im ersten Quartal 2018 (vgl. Insee, 22.06.2018, <<https://www.insee.fr/fr/statistiques/3570298>>) sowie einen leichten Rückgang der Gesamtarbeitslosigkeit auf 9,2 Prozent (vgl. Insee, 23.05.2018, <<https://www.insee.fr/fr/statistiques/3547180>>). Erstmals seit zehn Jahren unterschritt Frankreich zudem die EU-Haushaltsdefizitgrenze von 3 Prozent des BIP (vgl. Le figaro.fr, Déficit public: La France sort de la zone rouge, 03.05.2018, <<http://www.lefigaro.fr/conjoncture/2018/05/03/20002-20180503ARTFIG00058-deficit-public-la-france-sort-de-la-zone-rouge.php>>). Direkt auf die Präsidentschaft Macrons gehen diese Erfolge allerdings wohl kaum zurück; vielmehr sind sie Folge eines generellen Aufschwungs in der Weltwirtschaft.
- Vgl. Ouest-France, Budget 2018. Défense, éducation, logement...: qui gagne, qui perd?, 27.09.2017, <<https://www.ouest-france.fr/economie/budget/budget-2018-defense-education-logement-qui-gagne-qui-perd-5275247>> und Vincent Daniel, Budget 2018: „Le gouvernement favorise clairement les ménages les plus aisés“, <https://www.francetvinfo.fr/economie/budget/budget-2018-le-gouvernement-favorise-clairement-les-menages-les-plus-aises_2392002.html> (beide abgerufen am 11.07.2018).
- Vgl. cep Adhoc, Französische Arbeitsmarktreform – Inhalte und Bewertung, S. 4 und S. 14.
- In jedem der Länder, die in den letzten Jahren Reformen nach diesem Konzept durchgeführt haben, wurden die Maßnahmen unterschiedlich umgesetzt und gewichtet. Gemeinsam ist diesem Ansatz jedoch die Idee des „Forderns und Förderns“, vgl. Norbert Häring, Arbeitsmarktpolitik. Vorbild Skandinavien? Das Trugbild „Flexicurity“, in Handelsblatt, 17.12.2007, <<http://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/oekonomie/nachrichten/arbeitsmarktpolitik-vorbild-skandinavien-das-trugbild-flexicurity-seite-2/2906220-2.html>> (abgerufen am 08.06.2018). Dabei ist die soziale Inklusionsfähigkeit der so reformierten Arbeitsmärkte, wie das Beispiel Schweden bei der Integration von Einwanderern in den Arbeitsmarkt zeigt, durchaus begrenzt, vgl. Lena Schröder, Die Schwedische Integrationspolitik, WSI Mitteilungen 1/2009, <https://www.boeckler.de/wsimit_2009_01_schroeder.pdf> (abgerufen am 08.06.2018).
- Vgl. Une photographie du marché du travail en 2017, Insee Première Nr. 1694, 18.04.2018, <<https://www.insee.fr/fr/statistiques/3535797>> (abgerufen am 02.06.2018).
- Vgl. Antoine Krempf, „Aujourd’hui, 85% des contrats de travail sont des CDI“, 12.01.2016, <https://www.francetvinfo.fr/replay-radio/le-vrai-du-faux/aujourd-hui-85-des-contrats-de-travail-sont-des-cdi_1773627.html> (abgerufen am 13.06.2018).
- Vgl. Alain Ruello, De plus en plus d’embauches en CDI, in: Les Echos, 24.01.2018, <<https://www.lesechos.fr/economie-france/social/0301198914331-de-plus-en-plus-dembauches-en-cdi-2147721.php>> (abgerufen am 13.06.2018).
- Si on ne prononce pas le mot CDI, les agences ne cherchent même pas à comprendre, in: Le Monde, 22.05.2018.
- Vgl. Virginie Mora : Innover consisterait à recruter des jeunes en CDI, in: Le Monde économie, 06.12.2017.
- Les principales mesures prévues par la loi « avenir professionnel », in Le Monde, 20.06.2018.
- Ebd.
- Vgl. Ministère du travail, Le Grand Plan d’investissement 2018-2022, 05.04.2018, <<http://travail-emploi.gouv.fr/grands-dossiers/plan-d-investissement-competences/article/le-grand-plan-d-investissement-2018-2022-376642>> (abgerufen am 17.06.2018).
- Vgl. Clément Lesaffre, Plan d’investissement: la stratégie du gouvernement pour trouver 57 milliards d’euros, in: Europe 1, 25.09.2017, <<http://www.europe1.fr/economie/plan-d-investissement-la-strategie-du-gouvernement-pour-trouver-57-milliards-deuros-3445580>> (abgerufen am 19.06.2017).
- Vgl. Allinacy, Infographie: Les jeunes et les start-up, 13.04.2018, <<https://www.allinacy.fr/etudes/start-up/2018/04/13/infographie-les-jeunes-et-les-startups>> (abgerufen am 17.06.2018).
- Vgl. Anna Imhof, Die französische Berufsausbildung. Sieben Reformvorschläge, in: cep Input 2/2018, S. 7, <https://www.cep.eu/fileadmin/user_upload/cep.eu/Studien/cepInput_Franzoesische_Berufsausbildungsreform/cepInput_Franz_Berufsausbildungsreform.pdf> (abgerufen am 17.06.2018).
- Vgl. Apprentissage : les grands axes de la réforme, in: Le Monde, 09.02.2018).
- Vgl. Apprentis contre brillants. L’enseignement professionnel nous tourne le dos, in: Le Monde, 05.09.2017.
- Vgl. ebd. den Abschnitt „Changer l’image et l’orientation“ am Ende der Reportage.
- Zur bewussten Verwendung des Begriffs „Transformation“ anstatt „Reformen“ durch Emmanuel Macron und Edouard Philippe, vgl. Nicolas Chapis, Macron et les mots choisis de la réforme, in: Le Monde, 23.03.2018, <https://www.lemonde.fr/politique/article/2018/03/23/macron-et-les-mots-choisis-de-la-reforme_5275269_823448.html> (abgerufen am 14.06.2018).
- Vgl. Olivier Biffaud, Les Français boudent Macron, pass es réformes, in: slate.fr, 19.02.2018, <<http://www.slate.fr/story/157837/politique-sondages-enquetes-popularite-confiance-emmanuel>

- [macron-reformes-mesures](#)> (abgerufen am 17.06.2018).
- 27 Vgl. Julie Hamann, Frankreichs bewegter Frühling: Protest, Streik, Aufbegehren, <<https://dgap.org/de/article/getFullPDF/28252>> (abgerufen am 14.06.2018).
- 28 Etwa 40 Prozent derjenigen, die die Wohnbeihilfe erhalten, sind Studierende. Vgl. Karine Barzegar, Baisse des aides au logement APL: les étudiants contre Emmanuel Macron, in: TV5monde.fr, 23.07.2017, <<https://information.tv5monde.com/info/baisse-des-aides-au-logement-apl-les-etudiants-contre-emmanuel-macron-182390>> (abgerufen am 14.06.2018).
- 29 Vgl. Faïza Zerouala, Parcoursup ne réduit pas les inégalités mais les conforte, in: mediapart.fr, 12.06.2018, <<https://www.mediapart.fr/journal/france/120618/parcoursup-ne-reduit-pas-les-inegalites-mais-les-conforte?onglet=full>> (abgerufen am 14.06.2018).
- 30 Vgl. Les Echos, Bilan décevant pour la „Marée populaire“ voulue par la gauche radicale, 26.05.2018, <<https://www.lesechos.fr/politique-societe/politique/0301720092571-la-gauche-radicale-veut-une-maree-populaire-contre-macron-2178837.php>> (abgerufen am 14.06.2018).
- 31 Vgl. Lénaïg Bredoux, Les députés soumis à un rythme effréné, in: mediapart.fr, 07.06.2018, <<https://www.mediapart.fr/journal/france/070618/les-deputes-soumis-un-rythme-effrene>> (abgerufen am 20.06.2018).
- 32 Vgl. Ces ultras qui défient Macron, in: L'Obs, 17.05.2018, S. 26-28.
- 33 Ipsos/Sopra Steria, Fractures Françaises 2018, <https://jean-jaures.org/sites/default/files/redac/commun/productions/2018/0709/fractures_francaises_2018.pdf> (abgerufen am 11.07.2018).
- 34 Vgl. Anne Muxel, Le soutien déterminant des jeunes à François Hollande, in: Le figaro.fr, 07.05.2012, <<http://elections.lefigaro.fr/presidentielle-2012/2012/05/07/01039-20120507ARTFIG00693-le-soutien-determinant-des-jeunes-a-francois-hollande.php>> (abgerufen am 20.06.2018).
- 35 Vgl. Offener Brief dreier Wirtschaftswissenschaftler, die am Wahlprogramm Macrons beteiligt waren und ihn dazu aufrufen, ein klareres sozialpolitisches Profil zu zeigen: Philippe Aghion, Philippe Martin, Jean Pisani-Ferry, L'ambition émancipatrice du programme présidentiel échappe à un nombre grandissant de concitoyens, in: Le Monde, 09.06.2018.)
- 36 Vgl. Video unten auf der Seite „On met un pognon de dingue dans les minima sociaux ...“, <https://www.lemonde.fr/idees/article/2018/06/15/politique-sociale-d-emmanuel-macron-du-bon-usage-du-pognon_5315545_3232.html> (abgerufen am 20.06.2018).
- 37 Vgl. Französische Arbeitsmarktreform, a.a.O., S. 4 f. (Anm. 10).
- 38 Vgl. Lucas Jakubowicz, Réforme de la formation professionnelle: le big bang est adopté, in: Journal du net, 17.07.2018, <<https://www.journaldunet.com/management/formation/1196780-reforme-de-la-formation-professionnelle-le-big-bang-de-penicaud/>> (abgerufen am 23.07.2018).
- 39 Vgl. Céline Desserre, Réforme de la formation professionnelle 2018: travaux préparatoires, <https://www.defi-metiers.fr/sites/default/files/users/229/reforme_synthese_dm.pdf> und Französische Botschaft in Deutschland, Reform der Berufsausbildung: Frankreich setzt verstärkt auf duale Ausbildung, <<https://de.ambafrance.org/Reform-der-Berufsausbildung-Frankreich-setzt-verstarkt-auf-duale-Ausbildung>> (beide abgerufen am 03.06.2018).
- 40 Apprentissage: les grands axes ..., a.a.O. (Anm. 22).
- 41 Vgl. Mathilde Goanec, Apprentissage: „C'est le monde réel, nous y sommes plongés sans filet“, in: mediapart.fr, 10.06.2018, <<https://www.mediapart.fr/journal/france/100618/apprentissage-c-est-le-monde-reel-nous-y-sommes-plonges-sans-filet?onglet=full>> (abgerufen am 15.06.2018).

